

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Abonnement: frei  
Sonnenschein 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Kassenumschlag. Verlag und  
Druck: Arbeiter-Verlag Halle, Postfach 100. Halle, Vertriebsstraße 14.

Abonnement: 12 Goldmarken f. d. M. 10 Mark. 666 n. Spalte: 70 Goldmarken f. d. M. 10 Mark. In Teilzeit  
Abonnement: 6 Mark. 666 n. Spalte: 6 Mark.  
Halle, Vertriebsstraße 14. Halle, Vertriebsstraße 14. Halle, Vertriebsstraße 14. Halle, Vertriebsstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 14. November 1925

5. Jahrgang \* Nr. 254

## Provinzwahlen / Abrechnung mit den Schwarzweißrotten!

### Die tiefere politische Bedeutung der Provinzialtags- und Kreisstagswahlen: Gegen die Zoll- und Steuerräuber und Aufwertungschwindler, gegen Locarno

Am 29. November wählt Preußen zu den Provinzialtags- und Kreisstagswahlen.

Die größeren Städte wählen lediglich zu dem Provinzialtag. Während die Kreisstagswahlen auf dem Lande die unmittelbare Wichtigkeit der Wahlen deshalb sinnfällig macht, weil die Kandidaten zu den Kreistagen, die fast in jedem Dorf aufgestellt werden, persönlich kennt, ist dies in den Städten nicht so sehr der Fall, weil dort nur zu den Provinzialtagen gewählt wird.

Die Aufgabe bei den Wahlen am 29. November ist: Das gesamte bäuerliche Proletariat zu mobilisieren, das es tatsächlich zur Wahlurne geht.

Es geht nicht an, daß irgendein Arbeiter sagt: „Was gehen mich die Provinzialtagswahlen an, sie sind unwichtig und interessieren mich nicht.“ Diese Einstellung ist grundfalsch. Warum ist es falsch?

Wenige Tage vor der Wahl wird im Reichstag aller Wahrscheinlichkeit nach der Socarno-Pakt perfekt werden. Dieser Pakt, der Deutschland mit Gut und Blut, mit seinen wirtschaftlichen Mitteln und mit seinem Menschenmaterial in die Weichschmelze gegen Sowjet-Rußland einbringt.

Die wertigste Bevölkerung muß durch diese Provinzialtagswahlen nicht zuletzt auf die Ratifizierung des Socarno-Paktes ihre Antwort geben. Wenn Stresemann und Luther zum 1. Dezember nach London fahren, um den gemieteten Locarno-Pakt Herrn Chamberlain mit einer feinen Verbeugung vor die Füße zu legen, dann muß eine proletarische Front aufgetischt sein, die dagegen anrennt.

Das ist nur möglich, wenn eine möglichst breite Anzahl kommunistischer Stimmen für jene Wahlen abgegeben werden, die unmittelbar nach der Entscheidung über den Socarno-Pakt vor sich gehen. Diese Provinzialtagswahlen haben eine eminent politische Bedeutung. Das sollte sich jeder Arbeiter merken und sagen müssen, daß „wegen der Unwichtigkeit der Wahlen“ es vorziehen möchte, zu Hause zu bleiben.

Die letzten Wahlen in Berlin und in Baden haben ganz deutlich gezeigt, daß die kommunistische Partei die einzige Partei gewesen ist, die günstig bei diesen Wahlen abgeschnitten hat. Deshalb muß die Provinzialtagswahlen seinen Gehirnen. Darum darf es auf gar keinen Fall unterhalb der höchsten Arbeiterkraft eine Wahlmüdigkeit geben.

Die Provinzialtagswahlen sind eine Antwort auf die Politik der Parteien, die im letzten Jahre das Regierungsgeschäft in der Hand gehabt haben. Aufhebung von großen Teilen der Besteuerungen, neue drückende Steuererlässe, die den kleinen Mann treffen, das ist die Auswirkung, das ist der Sinn des ganzen Steuererlasses gewesen, das im letzten Sommer beschlossen worden ist. Das Werk der sogenannten Aufwertung hat den gleichen Zweck erfüllt. Es hat den Rentnern und Sparern ihre letzte Hoffnung geraubt. Die Zollräuber haben den Konsum von Lebensmitteln aller Art verteuert, ohne dem kleinen Landwirt irgendeine Erleichterung zu bringen.

Diese drei Lasten gilt es, im Auge zu behalten und jenen Parteien bei den Provinzialtagswahlen eine Lektion für das Auswärtige, was sie „gelernt“ haben. Es geht nicht an, daß man irgendeine Möglichkeit ausnützt, um diesen Herrschaften durch Falschheit bei der Wahl eine weitere Existenz zu ermöglichen.

Während aber die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung die Herrschaft der Luther- und Stresemann-Regierung in den Orkus hinabzuwünschen, hat die Sozialdemokratie alles verstanden, um diesem Willen Rechnung zu tragen. Aus Angst vor einer Reichstagswahl hat die Sozialdemokratie die Einberufung des Reichstages verhindert, um den Deutschnationalen die Möglichkeit zu geben, wieder umzufallen. Dieser Umfall ist so gut wie perfekt und er bedeutet, daß dadurch die Regierung Luther-Stresemann gestürzt wird und daß die Möglichkeit besteht, daß die Deutschnationalen wieder durch jene Tür in die Regierung hereinzuflüchten, aus der sie gerade herausgetrieben sind.

Die SPD. hat sich auch durch Ablehnung des Aktienverbindungsangebotes der RPD, sühnd vor die bürgerliche Mehrheit in unserem Provinzialtag gestellt.

Am 29. November gilt es darum, die ganze Macht des kleinen bürgerlichen Proletariats in die Wagschale zu werfen. Das kann nur dadurch geschehen, daß am 29. November alle die, die ernstlich das Wohlens sind, mit der Regierung Stresemann-Luther und der Sozialdemokratie und Kapitalisten-Mehrheit im Provinzialtag den Schritt zu machen, geschlossen ihre Stimme abgeben für die kommunistische Liste.

### Verzichtserklärung auf deutsche Landesteile im Westen und Osten, seiner öffentlichen Kriegsvorbereitungen gegen Sowjet-Rußland verlangt.

4. Daß daher das preussische Volk die Stellungnahme der preussischen Staatsregierung im Reichstag und in der Zusammenkunft der Ministerräte der Länder mißbilligt.

Die SPD. beantwortete die Begründung des Genossen Grube zu diesem Antrag mit einem weichen Gehäul. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Daniels entzog nach wenigen Worten dem Genossen Grube das Wort. Der Behauptung des Untrages als ersten Punkt der Tagesordnung widersprachen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

## 12 Jahre Zuchthaus für Arbeiter beantragt!

Stapp, 14. November.  
In dem Prozeß des Staatsgerichtshofes gegen die Arbeiter Weismann, Rina und Kamnitzer beantragte der Reichsanwalt sechs Jahre und zwei Monate Zuchthaus. Der Genosse Weismann war, obwohl langjährig in der Untergrundarbeit tätig, brüderlich und von früherer Zeit ferngehalten worden, daß er einen Zutritt bekam. Der berüchtigte Untersuchungsrichter Joerges lehnte die Abweisung eines Briefes an die kommunistische Landesorganisation ab mit der Androhung einer Arreststrafe. In der Verhandlung behauptete der Staatsgerichtshof, daß im Winter 1923/24 eine kommunistische Gruppe bestanden habe (!). Die Beteiligten beantragten Freispruch.

## Der amnestierte Rohrbach verlangt eine Entschädigung

### „Für unschuldig verurteilte Untergrundhäftlinge“

Berlin, 14. November.  
Der Staatsgerichtshof hat den Redaktionsleiter des „Klassenkampfes“ und Herausgeber Rohrbach wegen seiner Vergehens am 11. März 1925 amnestiert. Rohrbach hat insgesamt sieben Monate in Untergrundhaft verbracht. Er will jetzt beim Staatsgerichtshof Entschädigung für „unschuldig erlittene Untergrundhaft“ beantragen. Die „Kommunistische Zeitung“ fragt bei der Gelegenheit: „Wollen jetzt alle Verurteilten ihre Zuchthäuser nach Reich finanziert lassen?“ Wahrscheinlich wird man gar nicht antworten, wenn dieser Staatsgerichtshof, der Rohrbach amnestierte gegen Arbeiter, den amnestierten Oberzuchthausleiter Rohrbach ebenfalls nach einer Staatsprüfung genehmigen würde.

## Vor dem Zentrumsparteitag von Kassel

### Die Lösung der Wirth-Krise

Kassel, 14. November.

Am Montag wird in Kassel der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumsparteitag eröffnet, nachdem vom heutigen Tage an hinter den Kulissen die ganze Regie zur Erledigung der Wirth-Krise in bestimmten Kommissionsbildungen festgelegt worden ist.

Man ist bei den Klerikalen geneigt, daß sie es verdienen, in großartiger äußerlicher Aufmerksamkeit zu partizipieren. Aber sich dem Zentrumsparteitag des Zentrums wegen des Wirth-Krisen-erregenden Entsetzens oder wichtige Ereignisse verdrängt, wird bestimmt nicht auf seine Kosten kommen. Bevor die Frage Wirth überhaupt für die Öffentlichkeit sichtbar auf den Verhandlungen am Montag treten wird, ist bereits alles in geheimen Konferenzen der höheren Parteiführerschaft erledigt. Ohne daß wir deswegen Propheten sind, prophezeien wir folgendes: Dr. Wirth, der ja nie aus der Zentrumsparade ausgestiegen ist, sondern nur aus der Zentrumsfraktion des Reichstages, wird mehr oder weniger reuend in den alleinstehenden Schloß der Typen und Kländer, den wirklichen Führern der Partei, zurückfließen.

Diese Voraussage rührt sich vor allen Dingen auch auf die Tätigkeit des Dr. Wirth seit seinem Ausritt aus der Zentrumsfraktion. Sei den noch von demokratisch-republikanischen Zuständen besagten Wahlen der Zentrumsarbeiter hat Wirth ohne Zweifel einen ungeheuren Einfluß. Was hat er getan, um diesen Einfluß auszunutzen im Kampf gegen die Zolls- und Steuerlächer und Aufwertungschwindler, die bekanntlich im Zentrum genau so sitzen wie in der Deutschnationalen Volkspartei? Wo er es magte, übernahm öffentlich etwas verstanden zu lassen, da hat er nur fadenblaue Verharmlosungsreden gehalten. Er hat dem progogragisch-sozialistischen Flügel seiner Partei, der das Zentrum vollkommen beherrscht, in jeder Weise das Feld überlassen, schon allein dadurch, daß er in dieser Zeit, wo es doch galt, für seine Ideen zu werben, eine wirkliche Opposition für den Parteitag zu organisieren, eine eigene Amerika-Reise machte.

Aber seine Gegner sind nicht untätig gewesen. Von der Öffentlichkeit wenig beachtet, hat sich besonders im Westen Deutschlands, wo große Massen von Zentrumsarbeitern zusammengefaßt sind, die Aufregung einer auf reale kapitalistische Lasten begründeten Opposition gegen Dr. Wirth vollzogen. Unter der Führung des allmächtigen Reichstags-„Trommler“ Kamnitzer haben sich in den letzten Tagen der Wirth-Krise geheime Verhandlungen abgetragen, mit dem Erfolg, daß eine Zentralfraktion der gesamten Zentrumsparade des Westens unter Führung dieses reaktionären Kamnitzer Lenig zustande gekommen ist, mit dem ausgesprochenen Ziel, auch nicht die allgeringsten Konzeptionen an Wirth, d. h. an die Hunderttausenden von grüßlichen Arbeitern zu machen.

Wir prophezeien wiederum, daß wegen der außerordentlich gegen Arbeit hinter den Kulissen und in den zahlreichen kirchlichen Organisationen dieser Lenigens von einer wirklichen Opposition auch nicht einmal zahlenmäßig auf dem Parteitag des Zentrums viel zu merken sein wird. In dem die gefährlichen Arrangements, die die Klerikalen sind als solche weiterzubringen, es vermeiden werden, auf die schwarzweilrote Politik der Vergangenheit, die so viel böses Blut in den proletarischen und kleinbürgerlichen Kreisen der Zentrumsparade erzeugt hat, überhaupt nicht einzugehen, werden sie um so entscheidender wieder die alten Kulturimperialisten heranzubringen. Man weiß, daß das Zentrum immer noch die besten Beziehungen macht mit der Dörsch: „Die Religion ist in Gefahr!“ Um diesem Gefühlsmoment aus wird ohne Zweifel das Reichstagsabgeordnete in den Mittelpunkt der Verhandlungen gestellt werden, weil gerade diese kirchliche Kulturpolitik das ist, was tatsächlich die ganze Zentrumsparade mit zusehendem Einfluß von Dr. Wirth einigt. Dafür wird übrigens schon Dr. Marx, der sozialdemokratische Reichspräsidentenstabschef, sorgen, jener Marx, der als der Vorherrscher der kirchlichen Schafgeschmitten gerade der richtige Mann ist, um reale politische Zustände gelöst zu verdrängen auf möglichst konkrete Kulturangelegenheiten. Es ist unter diesem Gefühlsmoment gar kein Zufall, daß gerade dieser Dr. Marx, der erst kürzlich betont hat, daß das Zentrum weder grundfähig für die Monarchie, noch grundfähig für die Republik, sondern für die Staatsverwaltung, das selbe sagen die Deutschnationalen, sei, sojuzieren den Ritt wieder zwischen dem Progogragier v. Wapen und dem Großindustriellen Kländer auf der einen und dem waldschlappigsten aller Republikaner, dem Dr. Wirth, auf der anderen Seite.

Das hauptsächlichste politische Resultat des Zentrumsparteitages wird das sein, daß das Zentrum sich nach wie vor alle Tränen sowohl nach links wie nach rechts offen läßt. Man wird möglicherweise zwar in einigen zu nichts verpflichtenden Wörtern von „christlicher Demokratie“ und vom „alten sozialen Zentrumsgeist“ Dr. Wirth äußerlich Konzeptionen machen, in der Praxis aber wird es nach wie vor so bleiben, daß die kirchlichen Progogragier und Sozialisten das Zentrum zu Hauptstütze des schwarzweilroten Luther machen werden – solange, bis die Zentrumsarbeiter wirklich erwachen und zumachen mit der Klassenbewußten Arbeiterkraft in einer proletarischen Klassenfront gegen die Ausbeuter in ihrer eigenen Zentrumsparade sich erheben.

Wer aber etwa von Wirth einen solchen wirklichen Kampf gegen die Typen und Kländer verlangen wollte, der wäre ein unverständlicher Idiot.

## Der Inhalt der geheimgehaltenen Entwaffnungsnote

Wozu sich Hindenburg, Luther bereit erklären

Paris, 14. November.

„Cre Nouvelle“ meldet über den Inhalt der in Deutschland geheimgehaltenen Entwaffnungsnote Luthers:

Deutschland hat die letzten Forderungen der Alliierten bezüglich der Entwaffnungsnotizen angenommen und den deutschen Volkshäupter in Paris angenommen, dies der alliierten Volkshäupter mitzutun. Angenommen hat auch die Forderungen bezüglich der Beilegung der Besetzung der Reichswehr durch sechs. Es soll durch einen Zivilminister erledigt werden, und zwar durch Gehier. Die verschiedenen Kommandos der Reichswehr sind direkt dem Minister unterstellt. Der Generalstab wird aufgelöst. Die Schwere auf Beobachtung angelegt. Bei der Polizei werden alle militärischen Rangbeziehungen abgehehlt und civil, auch die Uniform geändert. Die vier schweren Geschütze der Festung Königberg werden zerstört. Die Kriegserregung wird die militärische Ausbildung der heutigen Jugend verdrängen.

## Gegen Locarno

Urantrag der kommunistischen Landtagsfraktion

Zu Beginn der Freitag-Sitzung des preussischen Landtags brachte die kommunistische Fraktion folgenden Urantrag ein und verlangte sofortige Behandlung desselben:

„Das preussische Staatsministerium wird beauftragt, der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen:

1. Daß das Willkommen von Socarno dem deutschen Volke selbst zur Entscheidung zu unterbreiten ist, in jedem Falle aber selbst ohne Herbeiführung einer Entscheidung des Reichstages unterzogen werden darf.
2. Daß zur Annahme des Socarno-Vertrages wegen der Veränderung wichtiger Verfassungsbestimmungen, vor allem wegen der Entscheidung über Krieg und Frieden, die auf den Willkürhand übergeben soll, eine Mehrheit von zwei Dritteln der Reichstagsabgeordneten erforderlich sein muß.
3. Daß das preussische Volk die Aufhebung des Socarno-Vertrages wegen seiner Verletzung konstitutiver Selbständigkeit, dieser

Dr. Wirth tut im Gegenteil alles, um die christlichen Arbeiter von einem Zusammengehen mit der revolutionären Arbeiterschaft abzuhalten. Sein fälschliches Gehändnis, daß die Parteileitung ihn überall dahin geleitet hat, wo Zentrumsarbeiter rebelliert hätten, und daß er überall für den Ausgleich der alljährlichen Gegensätze mit Erfolg gewirkt habe, beweist das nur zu sehr.

### Auch die Deutschnationalen halten einen Parteitag ab

(III.) Berlin, 13. November. Die Tagesordnung für den in Berlin stattfindenden Deutschnationalen Parteitag ist nun endgültig festgelegt. Am Sonntag tritt im Plenarsaal des Reichstages der Parteivorstand zusammen. Zunächst wird die Tagesordnung besprochen werden, dann folgen der Jahresbericht und der Kassenbericht; endlich werden Beschlüsse gefasst. Der ordentliche Parteitag tritt am Montag im Arbeitervereinsbauhaus zusammen nach der Eröffnungssprache des Parteivorstandes. Dr. Wirth und nach weiteren Begrüßungsreden wird Herr Dr. Wehner der Sachverhalte über Deutschnationalen Parteitag. Nach der Mittagspause wird Reichstagsangelegenheiten Dr. Nebemader über „Deutsche Wirtschaftstendenzen“ sprechen.

### Küdrtritt der polnischen Regierung

Gerüttelte Finanzen — Kriegsminister Sikorski soll Diktator werden

Warschau, 14. November. Der Ministerpräsident und Finanzminister Gachniewicz und die übrigen Kabinetsmitglieder sind zurückgetreten. Die Vertretung der Geschäfte übernahm bis zur Regierungsbildung der bisherige Außenminister. Der nächste Küdrtritt des Kabinetts ist auf die katastrophale Lage der polnischen Finanzen zurückzuführen. Die Bank von Polen hat die von Gachniewicz verlangte Subvention abgelehnt. Die Reaktion will als letzten Mann den Kriegsminister Sikorski zum Diktator von Polen machen.

### Note Frontkämpfer in Paris

Paris, 13. November. Am 11. November veranstaltete der revolutionäre Frontkämpferbund in Paris gegen die offizielle Gedenkfeier, Kundgebungen, militärische Paraden und Reden der Minister aus Anlaß des Gedenktages des Weltkrieges ein mediocres Gegenprogramm. 25.000 revolutionäre Frontkämpfer, darunter zahlreiche Kriegsgefangene und demobilisierte Soldaten, waren dem Parade nach Gienge geschickt und demonstrierten unter einem Wab oder roten und transparenten gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, gegen die reaktionäre Regierung der Banken und für die Forderungen der Arbeiterfront und Frontkämpfer.

### Gelungene französische Kommunion im Hungerkreis

Paris, 14. November. Die „humanitäre“ Erklärung durch ein Telegramm aus Alger, daß die 15 inhaftierten Kommunisten im Gefängnis Barbesstraße am 11. November in den Hungerstreik getreten sind. Im letzten Augenblick hatte die Regierung einen lächerlichen Vergleichsangebot ausgedrückt, der von den Inhaftierten unter Protest abgelehnt wurde.

### Klassenverhaftungen revolutionärer Arbeiter in Finnland

Die „Times“ melden aus Helsingfors, daß in den letzten Tagen über 30 Arbeiter wegen „kommunistischer Umtriebe“ verhaftet wurden. Es handelt sich um großen Teil um Jungkommunisten. Die Polizei hat angeblich Dokumente gefunden, die auf eine umfangreiche Militärorganisation hinweisen. Diese Organisation wurde angeblich bei zwei Kommunisten erbeutet. Im Zusammenhang damit sind auch einige Soldaten verhaftet worden. Früher in Helsingfors wurden in mehreren anderen Orten Verhaftungen vorgenommen.

### Verbandslohn — das Abwehrmittel der „Nie-wieder-Krieger“

In einem „einheimischen“ Feldzug der Ergründer der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ zum Weltkriegs wird gegen die Verhinderung von Umbilanzen des roten Kreuzes und des roten Kreuzes zur Hilfeleistung für die Krieger und spanischen und französischen Gefangenen „protestiert“.

### 400 Mark Minikergehalt in Sowjet-Rußland

In Deutschland 2624 Mark

Wohninspektor Wilhelm Schröder (Stettin) schreibt in Heft Nr. 10 des „Beamten-Zeitung“ des Deutschen Beamtenbundes über seine Eindrücke anläßlich der Studienreise der deutschen Vertreterdelegation nach Sowjet-Rußland:

### Steigendes Erwerbloselendel!

Berlin, 14. November. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbloselendel steigt in den letzten fünf Monaten von 290.000 auf 304.000, also um rund 2 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger von 359.000 auf 459.000. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 274.000 auf 287.000, die der weiblichen von 285.000 auf 300.000, die der männlichen Zuschlagsempfänger von 25.000 auf 31.000. Das sind nur die amtlich ermittelten Zahlen. Die Zahl der tatsächlich Erwerbloselenden beträgt etwa 1 1/2 Millionen.

## Ein heroisches Vorbild

Maat's nach!

Sambing, 19. November.

Die kommunistischen Festungsgefangenen der Festung Groden haben in einer Felleverammlung beschlossen, 10 Prozent ihrer geringen Monatsunterstützung als Parteiotopfer an die Partei abzuführen. Sie haben bereits 20,90 Mark an die Bezirksleitung der Partei überwiesen!

Die am härtesten betroffenen Opfer der Klassenjustiz halten es für notwendig, ihre part Groden, die sie als Unterflügel erhalten, der Partei zur Verfügung zu stellen. Sie haben das höchste Gut, ihre Freiheit, geopfert im Dienste der Partei, und sie fühlen sich verpflichtet, auch noch die letzten Groschen, die sie zur Verfügung haben, dem Parteiotopfer zuzuführen. Wuh da nicht jeder Genosse und jede Genossin, die bis heute noch nicht ihre Pflicht in Angriff genommen haben, um jene zwanzig Markten zu je 50 Pf. für das Parteiotopfer abzuführen, aufso äußerste beschämt werden? Dieser Beitrag der gefangenen Genossen muß jeden, der noch die Freiheit genießt, ein Ansporn sein, alles daranzusetzen, seine Parteipflicht, die ihm das Parteiotopfer auferlegt, zu erfüllen.

Laßt Euch nicht beschämen von unseren gefangenen Helden hinter Kerkermauern! Sofort heran ans Werk! Eine Million für die Partei, das ist das Ziel!

### Völkerbundsentheild über den verfassungsändernden Charakter des Artikels 16

Die unerklärliche Zweidrittel-Mehrheit

Die kommunistische Presse weist seit Monaten darauf hin, daß der zur Inkraftsetzung der Locarno-Verträge erforderliche Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verfassungsändernden Charakter hat.

Die Reichsverfassung schreibt ausdrücklich vor, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Reichstag durch Reichsgesetz zu fällen hat (Art. 65 und 69).

Die Presse des Luther-Bundes verläßt das zu leugnen, um die Basis für einen Verfassungsbruch zu schaffen. Dem steht aber gegenüber eine klare, eindeutige Entscheidung des Völkerbundes fest!

Der Schweiz wurden ausdrücklich sämtliche Verpflichtungen aus Artikel 16 des Völkerbundes mit ihrem Eintritt erlassen. Die Schweiz erklärt, daß dieser Artikel 16 dem Volke die verfassungsmäßig vorgeschriebene Entscheidung über Krieg und Frieden nehmen und einer nichtverfassungsmäßigen Delegation dem Völkerbund in die Hände legen würde. Der Völkerbund erkannte den Einwand an und hat für die Schweiz aus diesem Grunde die Gültigkeit des Artikels 16 ganz auf. Damit hat er selbst die Tatsache anerkannt, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden durch Artikel 16 in die Hände des Völkerbundes übergeht und diese Tatsache weist die Lügen der Ausbeuterpresse gegenüber deutlich nach.

Für Deutschland ist der Artikel 16 aber nicht aufgehoben, sondern nur durch einige papierne Fiktionen eingeschränkt. Alle Einschränkungen beiseite las (menn man sie einmal als real vorhanden annimmt, was aber Schwindel ist) lediglich auf Fälle, bei denen Deutschland infolge mangelhafter Bewaffnung in seiner Existenz bedroht ist. Für eventuelle Kriegserklärungen des Völkerbundes an Uruguay oder China oder sonst ein abgelegenes Land gelten keinerlei Einschränkungen. Außerdem bestimmt der Völkerbund selbst, wann und wie weit Einschränkungen auf Grund des Artikels 16 dem Deutschen Reich eingeräumt werden sollen.

Die Auslieferung der verfassungsmäßig ausdrücklich dem Reichstag vorbehaltenen Entscheidung über Krieg und Frieden durch den Völkerbundseintritt ist also klar und vom Völkerbund selbst durch seinen Einverständnis für die Schweiz anerkannt.

Dann ergibt sich, daß für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die qualifizierte Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages erforderlich ist. Jede Umgehung würde zur Folge haben, daß später Regierungen und spätere Reichstage das Recht ohne weiteres wieder herstellen können, d. h. also: die Verträge und den Eintritt in den Völkerbund für ungültig erklären können.

### Die parlamentarische Situation zu Locarno

Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 13. November. Der Vorkommensauschuss des Reichstages hat gestern die Einberufung des Reichstages zum 20. November beschlossen. Trotzdem der Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten die sofortige Einberufung gefordert hatte, haben sich die Sozialdemokraten nicht getraut, eine frühere Einberufung — moan ein Drittel der Abgeordneten nötig gewesen wären; Kommunisten und Sozialdemokraten bilden dieses Drittel — zu fordern. Die Tagesordnung ist bereits bis zum 16. Dezember festgelegt. Am 20. und 21. November sollen die deutsch-italienischen und deutsch-russischen Handelsverträge behandelt werden. Die Außenregierung wird durch diese Gesetze andeuten, daß sie trotz perfekter Weltorientierung noch einige Bewegungsfreiheit hat. Vom 23. bis 28. November soll der Reichstag sich mit den Locarno-Verträgen „beschäftigen“, das heißt also, daß der Reichstag in Wirklichkeit nichts hereinzuhaben hat, daß er sich mit den Verträgen eben nur „beschäftigen“; die zur Kenntnis zu nehmen hat. Aufeinander mit diesen Verträgen am 1. Dezember ohne Zustimmung des Reichstages unterzeichnen.

Dem Reichstag werden die der „Vorwärts“ mittels zwei Gesetze vorliegen, eines über die Locarno-Verträge, das andere über die Ermächtigung zum Beitritt in den Völkerbund. Zur Beschließung über das zweite Gesetz ist unbedingt eine Zweidrittelmehrheit nötig, die durch den Eintritt in den Völkerbund die §§ 45 und 69 der Reichsverfassung geändert werden. Die Außenregierung hat sich im Vorkommensauschuss über die Frage nicht geäußert; anscheinend will sie sich die Möglichkeit eines Verfassungsbruchs offenhalten. Der Vertreter der Deutschnationalen forderte die Einberufung des Reichstages am nächsten, um dort die Verträge zu beschließen. Die Deutschnationalen wollen also die Verfassungen und ihre Stellungnahme hinter der verfassungsmäßigen Linie des Vorkommensauschusses festlegen, um nachher bei der Abstimmung im Plenum noch radikale Nebenlösungen zu können.

## Sowjet-Rußland als Klassenampferlat

für das deutsche Proletariat

Der neueste Dreh der „Leipziger Volkszeitung“

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht am Mittwoch einen Artikel mit der Überschrift: „Rußland: deutsche Wert absehbewegungen über die neue Sowjetregierung“. In diesem Artikel kommt zu Anfang die neue Sowjetregierung der Sowjetunion zum Ausdruck. Man will feststellen, ein der großer Wirtschaftler Russen in wirtschaftlicher Beziehung geworden ist und gibt der Meinung Ausdruck, daß im nächsten Jahr Bestellungen von mindestens sechshundert Millionen Mark von jenen Rußlands bei Deutschland eintreffen werden.

Am Schluß des Artikels kommt dann eine interessante und bezeichnende Methode zum Ausdruck. Die feststellen soll, daß Rußland Wirtschaft nicht von den internationalen Arbeiterintelligenz distanz wird. Es heißt am Schluß des Artikels wörtlich:

„Wenn die Sowjetregierung den Namen einer wirklichen Arbeiter- und Bauernregierung verdienen will, dann müßte sie den deutschen Arbeitern die Möglichkeit bieten, den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen nicht nur den Unternehmern sondern auch den deutschen Arbeitern zugute kommen. Als Auftragsgeber der deutschen Industrie verüßt die Sowjetregierung schon heute über eine Wirtschaft, die sich voraussichtlich in absehbarer Zeit vergrößern wird. Die Sowjetregierung muß hierüber auf orientierte Kaufleuten Beachtung finden, aber nicht auf die Arbeiter, die sich zu kaufen, wo niedrige Preise durch niedrige Löhne ermöglicht werden.“

Einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen von der ihr beschäftigten Arbeitern könnte die Sowjetregierung natürlich nur in Rußland mit den deutschen Gewerkschaften ausüben. Hier wäre eine unmittelbare praktische Aufgabe für eine wirkliche Einheitsfront gegeben. Es wäre Sache der Gewerkschaften der russischen Handelsvereine in Berlin ein gemeinsames Wort in dieser Richtung vorzuschlagen. Der Reichstag wäre ein „Praktikum“ dafür, daß es der Sowjetregierung mit ihrem Interesse für die Gewerkschaften der Rußland den deutschen Gewerkschaften wirtschaftlich ernst ist.“

Das ist ja allerdings! Sowjet-Rußland soll also den deutschen Arbeitern den Klassenkampf ersparen. Das ist das neueste Rezept der „Leipziger Volkszeitung“. Die Sowjetregierung hat als Auftragsgeber für die deutsche Industrie eine Wirtschaft, deshalb soll die Sowjetregierung den deutschen Arbeitern erklären:

„Wollt ihr den Klassenkampf in euren Betrieben einfließen, wollt ihr die Arbeiter anständige Löhne zahlen, dann gut, sonst kriegt ihr unsere Aufträge nicht.“

Dieser Einfall ist ja selbst, daß man versteht ist, ihn herlich dumm zu nennen. Es gibt keinen Grund für den eigenen Klassenkampf des Proletariats. Ebenjowenig ist etwa Sowjet-Rußland auf der Spitze der Bräunigen kein roten Armees Deutschland die lokale Revolution herein zu lassen, genau so wenig kann es die deutschen Proletariats den allseitigen gegen und unermesslichen Kampf um den Klassenkampf und um höhere Löhne ansprechen. Die Herren Redaktoren der „Leipziger Volkszeitung“ bilden sich noch sehr viel auf ihren „Marxismus“ ein. Sie haben sie bewiesen, daß sie nur die elementarsten marxistischen Grundsätze zu verstehen haben, daß man den Grund bei dem Grund der Sowjetregierung im wirtschaftlichen Kampf. Man stelle sich also vor, die Sowjetregierung würde der deutschen Regierung erklären, Sowjet-Rußland werde nur dann an deutsche Firmen Aufträge vergeben, wenn der ausnahmslose Maßstab dem gleichig festgelegt und die finanziellen Schlichter verpflichtet wären, wirklich auszurechnen, wieviel die deutschen Arbeiter durch den Klassenkampf werden verdrängt zu erklären — diejenigen Sozialdemokraten würden ein Gesicht erheben über die Sowjetregierung, „Freiheit“, die sich erhebt, sich in „innerdeutsche Angelegenheiten“ zu mischen.

Selbstverständlich wäre es der Sowjetregierung lieber, mit den deutschen Gewerkschaften, statt mit den Kapitalisten die Kämpfe zu machen. Aber wenn der Grund der Sowjetregierung ist, die deutschen Arbeiter die Macht in Deutschland haben und nicht die Kapitalisten. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie fat und tut aber alles, um die Macht der Kapitalistenklasse unangenehm zu fallen. Und nun kommt die „Leipziger Volkszeitung“, das führende Organ der linken SPD, und vertritt die Meinung, daß die Gewerkschaften in den wirtschaftlichen Kampf durch mangelndem zu machen, daß es die Schuld an dem jetzigen Elend liegt auf die bankrotte Politik der eigenen Partei auf die Sowjetregierung abwälzt. Man muß schon lägen: einen dummen und lächerlichen Versuch als durch haben wir seit langer Zeit nicht mehr zu Gesicht bekommen. Aber wenn der „Leipziger Volkszeitung“ wirklich daran gelegen wäre, daß Sowjet-Rußland anstatt mit den deutschen Kapitalisten mit den deutschen Gewerkschaften Handelsverträge abschließt und Waren einläßt, so soll sie gefälligst nicht jagen, daß das deutsche Proletariat sich zuerst einmal ein solches Maß an Macht erzieht, das ihm möglich ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ soll dann eintreten für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit. Wir Kommunisten sind dazu bereit und wir bieten tausendfach der Sozialdemokratie an, mit uns gegen die Reaktion und für die Macht der Arbeiterklasse mitzukämpfen. Bis jetzt aber hat die deutsche Gewerkschaft die „Leipziger Volkszeitung“ den Arbeiter den rechten SPD-Führung aufs glanzlose verbannt, einen gemeinsamen Kampf zu laboretieren.

### Gehler der Unterflügelung der Monarchisten überführt

Er geht wegen Hochverrats vor den Staatsgerichtshof

Frankfurt, 13. November. Nachdem der Schriftsteller Ernst Ludwig erklärt hatte, Gehler habe bairischen Monarchisten 1924 für den Fall eines Aufstandes die Neutralität der Reichswehr versprochen, und der Reichswehrminister Gehler diese Behauptung dementierte und erklärte, die außer ihm noch in Frage kommenden Personen, nämlich der Münchener Oberbürgermeister Luppe und der demokratische Reichstagsabgeordnete Haas wüßten nichts über die Angelegenheit, erläßt jetzt der Nürnberger Oberbürgermeister eine Gegenklärung, in der es heißt:

„Herr Reichswehrminister Dr. Gehler kam Ende Oktober 1924 während der Reglementierung zu mir auf mein Bureau und legte mich dabei ein A. u. a. wie ich die Verhältnisse in Bayern beschreibe. Wie ich mich verhalten habe, das kann ich nicht sagen, da ich ein Königspaul der kritische Moment wohl überstanden sei, erwiderte er mir: „Nein, die Lage ist abgesehen. Kupferstich beabsichtigt vorzugehen und er wolle mir jetzt schon sagen, daß, wenn dieses geschehen sollte, die Reichswehr nicht eingreifen sollte.“ Ich meine Erinnerung nach hat Gehler mich dann in einem Gespräch mit mir, ich kenne einen Bayern nicht, die Bayern wollten und brauchen einen König, den könnte man ihnen auf die Dauer doch nicht vorenthalten. Da ich von einem Königspaul schwere Erschütterungen für sich und Bayern befürchtete, habe ich am gleichen Abend Herrn Dr. Haas schriftlich von der Unterbrechung des Gesprächs Dr. Gehler Kenntnis gegeben.“

Wenn Herr Dr. Haas sich an diesen Brief nicht mehr erinnert, so ist mir das nicht recht verständlich, denn dieser Brief nicht etwa in seiner Uebersetzung einem anderen Parteifreunde gegeben worden sein sollte. Mir ist von anderer Seite bekannt, daß der verlorene Reichspaul Ernst von dem Reichspaul erhalten hat, nachdem wenige Tage darauf aus umgehende Sozialdemokraten aus Kreisen der bairischen Volkspartei die mit schwerer Sorge über die drohenden Gefahren erfüllt waren, Kenntnis erhalten hatten. . . .

Diese Erklärung bestätigt also die Behauptungen Ludwigs und beweist, daß der Reichswehrminister wegen Hochverrats vor den Staatsgerichtshof gehört.



# Der Fall Max Hoelz vor dem Rechtsauschuss des Landtags

Eine überflüssige Volksversammlung in Mittelhessen in Oberhessen wurde sich in einer Resolution gegen den hiesigen Strafvollzug gegen Max Hoelz und verlangt ein Wiederanrufverfahren von Amts wegen.

Ministerialrat Dankward gab in längerer Ausführungen die „Bergungsinformationen“, welche Max Hoelz in Breslau gehabt hatte, bekannt. Hoelz sei aber in Breslau nicht mehr sicher gewesen, weil man sich bei den Untersuchungen misstraute. Man habe nach seiner Ueberführung nach Groß-Streitz verbracht, ihm einzelne Bergungsinformationen wieder zu gewähren, aber auch da habe sich Hoelz wieder zu Durchforschungen verleiten lassen, so daß selbst die Verleider, welche bei Dankward vorprahlen, erklärt hätten, sie veränderten das Verhalten von Hoelz nicht.

Genosse Wenzel erklärte: er verleihe das Verhalten von Hoelz sehr gut, und wies an Hand von vielen Beispielen nach, daß wenn die Strafvollzugs- und Vollzugsordnung nur nach den Buchstaben angewandt würde, diese Behandlung in ganz kurzer Zeit geeignet sei, den Gefangenen körperlich und geistig vollkommen zu ruinieren. Diese Methode sei annehmbar auch bei Hoelz verurteilt worden, indem man sich Sorgen bei seiner Freilassung auf dem Hof aufstellte, Alles Dinge, welche zwar nach der Dienst- und Vollzugsordnung erlaubt sind, aber bei einem impudischen Menschen wie Hoelz geeignet waren, vollständig zur Verwilderung zu führen.

Der deutschnationalen Richter Deebert erklärte den Vertreter des Ministeriums am Anstand, ob es wirklich möglich sei, daß Gefangene in dieser Weise, wie Wenzel behauptet, behandelt würden. Der Vertreter des Ministeriums verneinte, eine ausnehmende Antwort zu geben. Es wurde ihm aber vom Genossen Wenzel bemerkt, daß keine oben angeführten Beispiele auf Landtagen beruhen und durch das Zeugnis vieler Gefangener erhärtet werden könnte.

Selbst Kutner von der SPD. plädierte für einen milderen Strafvollzug an Hoelz, weil er als flüchtendes Mitglied im Reichsanwaltschaftsamt in der Schuld des Hoelz bekommen habe.

Nunmehr hielt Genosse Wenzel den Antrag, dem Strafschaffungsamt Max Hoelz bis zum Abschluß seines Wiederanrufverfahrens Strafvollzug zu gestatten.

Es wies in bescheiden Worten nach, daß der Fall Hoelz schon seit dem Jahre 1921 die Gemüter von Hunderttausenden von Arbeitern beschäftigte und nicht eher zur Ruhe kommen wird, bis der Fall gründlich untersucht ist. Es kann einem Staatswesen nicht gleichgültig sein, daß

Hunderttausende von seinen Einwohnern mit einem solchen Gerichtsbeschluss unzufrieden sind und eine Veränderung des Urteils verlangen. Um wenigstens den Antrag zu machen, den Fall Hoelz aufzurufen, hat Genosse Wenzel dringend seinen Antrag angenommen.

Nun kam auf einmal Leben in die Halle. Sämtliche Parteien plädierten dagegen und verdrängten sich hinter formalen Gründen (es sei Reichsliste, Preußen habe nicht zu entscheiden usw.). Der deutschnationalen Gaunerleiter Herr von Gieseler, erklärte mit großem Pathos, Hoelz sei viel zu gering bestellt. (Wahrscheinlich wünscht der Herr, daß Hoelz noch mit glühenden Zangen geschmolzen werden soll.) Die SPD-Vertreter traten ihm sogar entgegen mit der Motivierung, daß Hoelz ja die höchste Strafe erhalten habe und lebenslänglich. Zudem sei Hoelz immer ein Todsünder gewesen, weil die vorgeschriebenen Beweisen sich nicht als zureichend herausgestellt hätten.

Für diesen Antrag stimmten fünf gemäßigter platonischer Beteuerungen neben den Reaktionen alle SPD-Mitglieder.

## Waffenforderungen — Wer bezahlt die 30 Barmark-Millionen?

Landtagssitzung vom 12. November

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstages Landtages trat der Genosse Schwent den Forderungen der Waffen energisch entgegen und nannte ihre Forderung eine ungeheuerliche Zumutung in ideeller und materieller Hinsicht. 61 Millionen verlangen diese Nachfolger Christi auf Erden vom Staat allein an Zuschüssen zu ihren Geschäften. 61 Millionen vom dem Staat, der Schulden von Beamten auf die Straße gesetzt hat und seinen mittleren und unteren Beamten jegliche Erhöhung ihrer lümmelichen Gehälter verweigert. Warum hört man nichts von Waffenbau? Der Genosse Schwent tat dann folgende Rechnung auf in Gestalt einer Gegenüberstellung:

81 Millionen Mark Gehaltszuschüsse werden gefordert für elfhunderttausend Klassen, 500 000 Mark für die elfhunderttausend Säuglinge, 7,5 Millionen Mark für die Volksgarndienst, 18,5 Millionen Mark für „allgemeine Volkswohlfahrt“ (darunter allein 15 Millionen Mark für die bedürftigste Fürsorgeerziehung), also auch direkt und indirekt zum Teil für kirchliche Einrichtungen, so daß nur 3 Millionen Mark für „allgemeine Volkswohlfahrt“ zurückbleiben.

Genosse Schwent beantragte, daß die gesamte Vorlage an den Hauptauschuss zurückgegeben wird.

**Genosse Bartels**

begründete die kommunistischen Anträge, die verlangen, daß Barmarkentatler einzelner Wirtschaftskontrollen in privatkapitalistischen Betrieben betreiben dürfen, und ferner fordern, daß das Strafvollzugsamt auf Barmark und den Finanzminister u. Richter ausgedehnt wird. Genosse Bartels forderte ferner Beschlagnahme des Privatvermögens der Kutiser, Barmark, Bauer, Heimann, Lange-Deegemann und Konforten zur Deckung der dem Staat entfallenden Millionverluste. Auch bei der Verhandlung ist es nicht alles sauber gewesen. Der Finanzminister hätte längst aus der kommunistischen Presse entnehmen können, wie die Staatsbank und von wem sie ausgefüllt wird. Kutner hat sich rechtliche Mühe gegeben, im Urtauschlag die Deutschnationalen mit dem Hinweis zu beruhigen, daß sie ebenfalls alle Urträge hätten, an die „Kontrollen“ und damit an sich selbst zu denken! Der „Vorwärts“ hat die Wahrheit über den Barmark-Standort unterzogen und die Kommunisten als Wähler und Verleumder hingestellt.

Wie verlangen die sozialdemokratische Kampagne ist, beweisen am besten die Ausführungen des am meisten belästigten Barmark-Schleibers Reichsanwalter a. D. Bauer, die er einmal im Jahre 1922 als Nebenkläger in Wobitz gemacht hat. Wenn ich weiß, daß jemand aus seiner politischen Stellung Geschäfte machen will, so spreche ich dagegen ein. Solche Leute müssen fertiggestellt werden! Heimanns Schweinefleisch im „Vorwärts“ über die Angriffe der „Roten Jähne“ sind zu bekannt, als daß es sich verlohnt, darauf noch einzugehen. In der größten Hungerszeit haben Sozialdemokratische Führer in der Gesellschaft Barmarks in den feinsten Hotels „proletarische“ Interessen wahrgenommen.

## Erhöhte Feuerungszuschläge für die Beamten

Kommunistischer Reichstags-Antrag

Berlin, 13. November.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde auf Antrag der Kommunisten auf die Tagesordnung des ersten Sitzungstages der kommunistische Antrag zur Beamtenbesoldung gestellt. Dieser Antrag fordert für die Beamtenkategorien I bis V eine Wirtschaftszuschläge von 300 Mark und für die unteren und mittleren Beamten die Erhöhung der Feuerungszuschläge von 12% auf 30 Prozent. Der Antrag wird ohne Debatte sofort an den zuständigen Ausschuss überwiesen.

# Sie sparen am rechten Ort,

wenn Sie stets nur das Beste kaufen. Dazu gehört vor allem auch **MAGGI'S** Würze, die seit 30 Jahren das Vertrauen aller Hausfrauen und Fachleute genießt, weil sie hält, was sie verspricht. Man hüte sich vor Nachahmungen!



# Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inferenten

**ff. hauschlacht. Wurstwaren**  
sowie sämtliche  
**Kolonialwaren**  
kaufen Sie billigst bei  
**J. Wehelt, Weißenfels**  
Fischer Straße 29

**Gasthof „Roter Löwe“**  
Weißenfels  
Stadtbekanntes Küche  
Gutgepflegte Biere  
Eigene Schlachtungen

**Mücheln**  
**Agnes Brewes**  
Spezial-Backwaren  
mit elektrischem Betrieb  
empfehlen in unserer Bäckerei  
Kostgütige u. Toilette-  
Ketteln, Parfümsien und  
Seifen, Hautcreme und  
Santoline usw. u. z.  
unter Lagerpreisen  
Groß, Umlauf  
u. Augen

Empfehle mein reichhaltiges Lager in:  
Hüten, Mützen,  
Hojenträger, Regen-  
schirmen, Stoff- und  
Lederhandschuhen,  
Damen-Strümpfen,  
und Herren-Socken  
sämtl. Herrenwäsche  
u. m.  
zu billigsten Preisen  
**Erich Hirsch**  
Weißenfels, Neuhof

**Kauft bei Förderung**  
Zeit, Neumarkt  
Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche  
Auffallend billige Preise  
**M. Hart & Co.**  
Neumarkt 10 Zeit Neumarkt 10  
**Manufaktur- u. Modewaren :: Wäsche**  
Damen- u. Herren-Konfektion :: Arbeiter-Garderobe  
Große Auswahl! Billige Preise!

**Fahrräder, Nähmaschinen**  
Sprechapparate, Schallplatten  
nur die besten Fabrikate  
zu außergewöhnlich billigen Preisen  
**Fr. B. Weiss**  
Wittenberg, Markt 5  
Zichornwitz, Kolonie

**Für den Winter!**  
**Wollwaren**  
Kartolagen, Strümpfe  
Handschuhe  
Großes Lager. Sothe Biere  
**C. Kuntz Nachf.**  
Herrn, Müller & Sohn  
Fischer Str.

**Strümpfe**  
nur bei  
**Strumpf-Löchl**  
Zeit  
Neumarktstraße

**Fahrräder**  
Schnelle  
Reparaturen jed. Art  
Schnell- und Brückung  
**Rud. Gundlach**  
Weißenfels  
Zogewerders Straße 1

**Weißenfels**  
„Zur Weste“  
Jeden Freitag u. Sonnabend  
ff. Salztischen  
Unterhaltungsmusik

Empfehle meine prima  
hausgeschlachteten  
**Fleisch- u. Wurstwaren**  
**Bennerts Fleischeri**  
Weißenfels, Fischerstraße 4  
u. Marktband

**Bitterfeld**  
**Geellschaftshaus**  
Jed. Sonnabend u. Sonntag  
**Großer Ball**  
bei nur guter eigener Orchester  
Treffpunkt aller Arbeiter- und Arbeiter-Sportvereine

**Felle** aller Art, auch  
Egalmohle kant  
Leipziger Felleinlaufsenträre  
Zeit, Kolonnen 14, Gms. Kamerit.  
Lebensmittel, hausgeschlachte  
Wurstwaren, ledlindige, Senf,  
Wesler- und Salzungen  
**W. G. Gutzjahr, Zeit**  
Schubelstraße 16

**Auf Teilzahlung**  
bei sofortiger Abnahme des Gegen-  
stands erhalten Sie  
sämtl. Damen- u. Herren-Garderobe  
Best. Zeit- und Tisch-Wäsche  
sowie Schuhwaren. I. jed. Auslieferung  
im  
Leitzer Manufakturwaren-Kredithaus  
Wilmstr. 8, Hof rechts  
(Hotel Gerold)  
Kunden, die ihr Konto bei  
unserem Manufakturwaren-  
Angebot zu leisten

**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**  
empfehlen  
**E. Begler**  
und  
schweinefleisch  
**Weißenfels**  
Fischerstraße 22

**J. Israel, Wittenberg**  
Kolonienstraße 6  
wie bekannt zu billigen Preisen  
Herren- und  
Knaben-garde-  
roben und  
Arbeits-  
kleidung

**„Stadt Leipzig“ Mersoburg**  
Neumarkt 46  
Täglich frischen promptem  
Mittagsessen im Abonnement  
sowie gut gepflegte Getränke  
Um gegen Zutritt bitten Sie  
Neumarkt 46

**hauschlacht. Wurstwaren**  
empfehlen  
**Franz Körner, Fleischermelster**  
Weißenfels, Anulstraße 5

**Mäntel-Meyer**  
Bitterfeld, Kirchstraße 10  
hat stets die größte  
Auswahl in:  
**Damen-Bekleidung**

**Teilzahlung!** bei sofortiger Aus-  
lieferung d. Ware  
**Herren- und Damen-Konfektion**  
sowie **Wäsche** aller Art kaufen Sie am  
vorteilhaftesten bei  
**Rich. Düring, Zeit**  
Rein Waden! Mittelstraße 6 Rein Waden!

**Paul Winter, Wittenberg**  
Kolonienstr. 71, Fernruf 638  
Spezialgeschäft für kleine  
Offenbacher Lederwaren  
Eigene Anfertigung von  
Hemden, Hücheln,  
Schultern, Hücheln,  
Einfaßbeulen, Knäueln,  
Wollwaren, Frühstücks-  
tischen, Sporttaschen  
Sämtliche Reparaturen  
werden schnell ausgeführt

**Richard Hirschfeldt**  
Wittenberg  
**Herren- u. Knaben-  
Modenhans**  
Kolonienstraße 22 und  
Mittelstraße 56

**Ba. Weizen- u. Roggenmehl**  
Zulieferer für und für entrichtete  
empfehlen  
**Fritz Schliski**  
Weißenfels, Merseburger Str. 26

**Da Fabrik-**  
Niederlagen, kaufen Sie  
Kräfte auf Teilzahlung  
billig und gut  
Vertreter **Th. Janosch**  
Zeit, Ullrichstraße 2

**Franz Romig & Söhne**  
Komborg Plosteritz  
Hausgeräte, Geschenk-  
artikel, Fahrräder  
Reparaturwerkstatt

Was vorzuziehen  
kann man  
**Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung**  
im Mittel- u. Warenhaus  
**J. Prominger**  
Wittenberg, Mühlstr. 7  
Zeit auf Lager: Wohn-  
u. Arbeitskleidungen  
sowie Schuhe

**Schuhwaren-Lager**  
**Liesbeth Böchel**  
Weißenfels, Fischerstraße  
Empfehle meine prompten  
**Schuhwaren**  
Eigene Maß- und Reparatur-  
Verfahren

besten  
Kugeln, Zeit-  
u. m. m. m. m. m.  
Rein Waden!  
Zeit auf Lager: Wohn-  
u. Arbeitskleidungen  
sowie Schuhe  
**Wittens Gütler**  
Mittelstraße 56

**Flora-Drogerie**  
Sermann Gsch  
Weißenfels, Merseburger Str. 24  
Farben / Verbandsstoffe  
Seifen

Fürden dem reinen, deli-  
zieren, mitteren, hüde um-  
preisen, sind und hüde  
bei sachgemäß. Behandlung  
**Färberöl GÖTTING, Zeit**  
Laden: Woblerberg Berg 1  
Jahrl: Göttinger 1 u. 2  
Telephon 291

**Luisen-Bad**  
**Weißenfels**  
Geöffnet von 8—8 Uhr



# Arbeiterzeitung

## Alle Mann in die Gewerkschaften! Das Beispiel der englischen Arbeiter

In England ist seit Monaten eine stille, spontane Aktion der Arbeiter im Gange, die aber für das Klassenbewußtsein der englischen Arbeiterschaft um so bedeutender und für die Schlichtigkeit der Arbeiterklasse um so wirkungsvoller ist. Für die Schlichtigkeit hatten die Gewerkschaften in den Betrieben Kontrollkommissionen gebildet, die die Betriebsverwaltung auf ihre gerechtfertigte Tätigkeit zugehörigkeit kontrollierten und die nichtgerechtfertigten Kollegen zum sofortigen Eintritt in die freien Gewerkschaften veranlaßten. Diese Kontrolle und die Werbung für die freien Gewerkschaften geht nicht immer ganz leicht von statten, weil der Unternehmer die Arbeiter durch die besten Gewerkschaftsleiter zu unterwerfen versucht, die sich vor dem Betriebsrat eine Rechte bilden und von jedem Kollegen die Beteiligung seines Gewerkschaftsausweises verlangen. Wer seinen Gewerkschaftsausweis hatte, dem wurde erklärt, daß die Kollegen nicht gewillt seien, mit unorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten.

Das Organ der englischen Arbeiterorganisationen, "Daily Herald", veröffentlichte wiederholt Photographien über solche Kontrollaktionen, wie z. B. der Eingang zu einem Durchgang der Gewerkschaftskontrolle abgelehnt wird, oder wie sogar Selbstmordführer am Bahnhofs vor ihrer Abfahrt auf der Maschine abtransportiert werden. Auch ist es wiederholt vorgekommen, daß ganze Betriebsstätten die Arbeit niederlegten, weil der Unternehmer sie zwingen wollte, mit einigen nichtorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten. Besonders erfreulich ist, daß auch die Arbeiterfrauen an dieser Aktion besonders regen Anteil nehmen und daß ähnliche Streiks auch in Betrieben mit reinen Frauenbeschäftigten zu verzeichnen waren.

Die Reichsfunktionäre der Kommunistischen Partei hat die Kollegen aufgefordert, im Interesse der Schlichtigkeit der Verbände dafür zu sorgen, daß in der Bewegung der Arbeiterklasse die Organisationsarbeit in jedem Betrieb! Das ist die Parole der Kommunisten in Deutschland. Wir sehen, daß die englischen Arbeiter hier energisch und praktisch daran gehen, dieses Ziel zu verwirklichen. Deutsche Arbeiter, nehmt Euch auch hier ein Beispiel an!

## Wie ein „Wertverein“ gegründet wird David U.G. „Mignon“, Halle

Am Dienstag, dem 10. November 1925, abends 8 Uhr, findet eine Gründungsfeier des „Wertvereins Mignon“ statt (Restaurant „Schweizerhaus“, Wörmlicher Straße). Zutreffenden werden nach genanntem Lokale gebeten zwecks „Ausrede“.

Einige alte Kriegsgenossen konnten die schöne „Wertgemeinschaft“ nicht missen und traten an den Betriebsrat der David U.G. heran, um den Verein wieder auflieben zu lassen, der früher schon einmal existiert, und so man in ihnen mit der Frau Dittmer zusammen konnte. Der Betriebsrat ließ es sich nicht nehmen, Stellung zu beziehen und zu nehmen und erschien in der Besammlung, an der von 654 Mann der Belegschaft 14 teilnahmen, zum größten Teil Angehörige mit jungdeutschem Abzeichen, Stahlhelm usw. Der Betriebsrat hielt eine Rede, in der er betonte, daß das Ziel des Vereins erhaben sei, daß die fleißigsten Arbeiter ganz kein Interesse für solche „Wertgemeinschaft“ hätten. Er lehnte auch von Grund aus solchen Verein ab, da doch die Zeit vorbei wäre, wo Arbeiter sich für Freier kaufen ließen. Es seien genug Arbeiter-Sport- und Bildungsvereine da. Man solle sich auch bemühen, was für Hinterfragen offen stehen bei der „Wertgemeinschaft“ und wer einmal an seine traurige Lage denken und dazu beitragen, die sie in Kampfe zu bestehen. In einem Betriebsrat, wo das 75 Prozent der Belegschaft im „Dona“ - Deutscher Handlungs- und Geschäftstreiberverband (David steht an erster Stelle) organisiert sind, einen „Wertverein“ zu gründen, könnten doch die Antragsteller beim Betriebsrat nicht ernst nehmen. Es sei ferner, höchstens noch ein Wert zu verlieren.

Man hatte aber der Obermeister Karst nichts Erlittenes zu tun, als durch den Saal zu führen und eine Disziplinierung zu halten mit folgendem Inhalt:

„Kollegen und Kolleginnen! Ich verstand es erst auch nicht, wie man in unserem Betrieben, wo doch fast alle organisiert ist, und wo wir den alten schönen Verein durch die Revolution verloren hatten, wieder auflieben wollten. Es war eine schöne Zeit damals, wie wir alle, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter, mit der Dittmer in Verbindung traten und hier wir sind doch hergekommen, uns nicht zu trennen und uns gegen-

seitig zu bekämpfen, sondern wir wollen doch einen Verein gründen! Oder sind die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht deshalb hergekommen? Wir können doch einen **Gewerkschaftsverein** gründen, wie er heißt ist ja auch egal. Er braucht ja nicht gerade „Wertverein“ zu heißen, damit ich die anderen Kollegen daran lassen. Wir werden heute abend noch tanzen, dann ersieht man morgen im Betriebe, daß da haben wir getan, und schon hat man wieder ein paar Kollegen gewonnen. So wird aus den wenigen heute abend in kurzer Zeit ein ganz schöner **Verein innerhalb des Betriebes!** Wir sind doch alle Tage zusammen, da können wir doch abends auch alle zusammenkommen. Ich denke, es läßt sich da heute abend noch manches reden, um einen Anfang zu bekommen.“

Und siehe da, nach dieser plumpen Rede fand sich der nationale **Walter Gebbert** (Sportverein Sportfreunde) und hielt eine Rede, daß

### Kollegen in den Betrieben!

Habt Ihr Stellung genommen zu dem Wahlen am 29. November? SPD-Arbeiter, seid Ihr damit zufrieden, daß eure Partei durch Ablehnung der Selbstverbindung mit der KPD, den Bürgerlichen elementar die Mehrheit in die Hände spielt? Berichtet über eure Meinung im „Klassenkampf“!

alles so frische, regerfrisch zur Verdummung der Arbeiter. Der Stahlhelfer **Walter Bittorf** sammelte nun pro Seite 25 Pf. Langzeit ein. Ein Arbeiter mußte sich bekommen, um Arbeiter Platz zu nehmen und mit dem Stück: „Das ist der liebe Klapperfort“ ging die Gründungsfeier des Vereins (Namen unbekannt) los. Dann wurde der Vorstand gewählt. Der schöne **Walter Gebbert** (Wst. Laborator), der mit dem Betriebsrat entlassenen Gasmann, welcher von der Staatsanwaltschaft gefasst wird wegen Verurteilung von Arbeitergelehrer (125 Pf.), ein Kompletz hat, ist jetzt nun der **Vorstand** folgendermaßen aus:

- Chemiker Karst, National.
- Beamter Witsch, Demokrat, recht Hand des Direktors.
- Beamter Widmann, Jungso-Ordn.
- Beamter Schloffer, Stahlhelm.
- Walter Bittorf, Stahlhelm.
- Schloffer Wiede, Deutschland.
- Arbeiter Gebbert, der Hilfe Epil, National.
- Maschinenführer Schlegel, Emil, ein alter guter Grundbar.

37 Mann, darunter die Reichsbanner-Mitglieder der Hermann Wagner, Laborant Schwanz usw., schrieben sich in die Liste ein. Der größte Teil waren Sozialdemokraten. O. Ihr armen Bannere!

So tief ließ ihr gelanden, mit Stahlhelfer gemeinsame Sache zu machen und die Arbeiter ins Unglück zu führen. Am 12. Uhr nachts fand der größte Teil mit Hängelkäfen auf dem Tisch und am nächsten Morgen wurde der Bannermann Wagner nicht mal mehr, wer die Freirendemiere gegeben hatte. Auch der Kassierer des Verbandes, Sozialdemokrat Balzard aus Seltin, so wie ich ein Sozialistens die aus. Auch er weiß nicht, wo das Freireier hergekommen ist. Die besten Arbeiterinnen führen sich mit den Stahlhelfer zusammen beim Tanzen, das es nur so frische. Ein Stahlhelfer und ehemaliger Sipo betam mit einem Wachtmeister der Sipo, seinem ehemaligen Freund, eine Ausrede am Abend mit dem Gummifingerring solche Rede seine, daß er wegen einem blauen, geschmolzenen Wäge nicht zur Arbeit erscheinen konnte. - Ein guter Anfang des Vereins.

Die Belegschaft behält sich aber für sich einen neuen Vorstand aus nationalen Kollegen. Kollegen, verjagt die Elemente aus den Betrieben und löst Euch jetzt zusammen in der roten Front der Werktätigen!

Mehrere Kollegen des Betriebes.

## Die Parteioffenfive Alle Zelleneinheiten

müssen die Mitglieder sofort zusammenberufen und die Kampagne „Partei in Not“ organisieren. Die Schritte dieser Zelleneinheiten sind der Parteioffenfive und den Bezirksleitungen mitzuteilen. Die Sammlung muß sofort beginnen. Alle eingehenden Gelder sind ohne Verzögerung an den Parteiführer weiterzuleiten (auch Teilbeiträge). Genossen! Wehrt jetzt eine Stunde Zeit!

## Ja, in Bayern kannte noch was werden!

Die von den Schächern als müßig verurteilten Arbeiter aller von 45 Jahren höher zum Ziel Arbeiterrat, im Alter von 50 Jahren zum Ziel Landesarbeiterrat und im Alter von 55 Jahren Gebieter Landesarbeiterrat einberufen.

Kollege, hast Du schon gehört, wo jetzt für die Arbeiter das Paradies ist? Wir haben eine neue Ertragungsschicht in Bayern getriggt als Befehl für die alten, die sie uns weggenommen haben. Von dem denn, von der neuen bayerischen Monarchie? Ach, wo, von der Republik natürlich. Da gibt's nichts zu lachen. Wenn Du da unten 20 Jahre arbeitest, dann gehst Du durch Arbeit, dann kriegst Du mit 45 Jahren den Titel Arbeiterrat. Na, Kollege, was heißt denn aber, sich verdient gemacht? Wenn die Regierungslente und die Fabrikanten an Dir verdient haben, heißt das. Und das ist noch nicht alles. Wenn Du 50 Jahre alt bist, dann ist der Titel Landesarbeiterrat und mit 55 länger Gebieter Landesarbeiterrat.

Wieso gehst Du? Na, weil es ein Geheimnis ist, wo der Wüstenfundtag geblieben ist. Sage mal, Kollege, ich denn mit vielen Titeln auch eine Zahnreinigung, was meinst Du, wenn man eine 55 Jahre alt ist und er hat sich für die verdient gemacht, dann muß das doch etwas herausbringen.

Wieso Kollege, Du hast das noch nicht richtig begriffen. Im Besonderen nämlich. Wer den Titel hat, braucht für die Lohn- und Gehaltszahlung nicht zu sorgen. Die kommt dann von ganz anderen, die sich die Steuern nicht mehr aus dem Gehalt für die Ehre, das kannt Du Dir doch denken.

Na, und wenn einer nun Gebieter Landesarbeiterrat ist, da hat er doch gewisse Rechte.

Natürlich, Kollege, er hat zum Beispiel das Recht, von freien Tagen in der Woche einmal Sonntag zu machen, aber natürlich auch nicht in jeder Woche! Und einen kleinen Gehalt muss dann aber die Unternehmer dafür haben, das kannt Du ihnen nicht verdanken. Wenn sie drei neue Titel einbringen, dann soll nämlich der Betriebsrat wegfallen, das klingt ja auch nicht so schön wie Gebieter Landesarbeiterrat. Und der Abgeordnete ist ja auch mit drei Titeln viel besser als unterer Arbeiterrat.

Na aber, Kollege, weißt Du, ich glaube Dir nicht so recht. Du wirst mich doch verurteilen.

Aber nein doch, das hat ja in den „Hallischen Nachrichten“ gefunden. Und wenn sie da sonst auch immer klügelnd. Diesmal haben sie nicht gelogen. Du hast auch noch etwas vergessen. Wer den Titel hat, muß natürlich von den anderen Arbeitern, die seinen Titel haben, begünstigt werden, militärisch, wie das in Bayern Mode ist. Und zwar wird der Gehalt so ausgeführt. Man tut „Heil Rot“ und tippt mit dem Finger an die Stirn. Das ist doch ein feiner Gruß, nicht wahr?

Du, Kollege, kann man diesen Titel auch gegenüber Regierung und den Unternehmern?

Natürlich, allemal.

Also, Kollege, auf, nach Bayern!

## Zellenbau in Frankreich

Aus den Tischen des 3A. der KPD.

Die Konferenz unterricht, daß wir so bald wie möglich einen Zustand erreichen, wo sich die Betriebszellen vollständig als die konstituierenden Teile der Partei bilden, die an ihrer geliebten Arbeit teilnehmen und alle ihre Aufgaben durchführen. Die Konferenz hat sich, daß keine Zelle mehr geben darf, die den ein leitendes Organ eine Frage, die für die Partei und die Arbeiterklasse mehr oder minder wichtig ist, beschließt und durchführt, ohne daß die Betriebszelle dazu Stellung genommen hat.

Die Konferenz hält die Organisierung von Besammlungen der Elemente der Zellen für nötig, wo dies wie die Propagandisten und die Redner der Partei die notwendigen Instruktionen erhalten.

Alle Mitglieder der Betriebszellen oder Strassenzellen, die Zellengruppe bilden, werden in einer gemeinsamen Besammlung zusammengeführt, wo sie über alle Fragen der Partei diskutieren, nachdem die vorher in den Zellen behandelt und beschlossen worden sind. Diese Besammlungen müssen die Zellengruppenstellung.

## Die Schenkung, daß Hilfe der Kommunisten der Antrag verweigert wurde, ist also falsch.

Auch der dümmste Abgeordnete müßte wissen, daß 235 die Mehrheit von 450 ist. Und wenn die Deputierten und Volksparlamentarier mit dem Zentrum zusammen für etwas stimmen, dann haben sie allein 235 Abgeordnete, zu denen noch die 17 Volksparlamentarier und 11 Reichstages sind. Das sind zusammen 252 gegenüber 188 Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten.

Doch Herr Jakob, auf Anregung seiner sozialdemokratischen Parteiführer, den Verleumdungsartikel gegen die Kommunisten in der „Bergarbeiterzeitung“ bringt, hat aber eine andere Bedeutung. Jedem muß es auffallen, daß Herr Jakob schreibt, daß die Streichung der Worte „soweit sie Tarifräger sind“ von dem zentralen Bergarbeiterführer Karst beantragt und durchgeführt wurde.

Aber kein Wort des Kritik gegenüber diesen zentralen Einberufenen.

Man ist zufrieden, daß diese mit den Gelben gemeinsame Sache machen, banger aber eine Seite gegen die Kommunisten. Durch die Hilfe gegen die Kommunisten ist verweigert werden die allmähliche Annäherung der ganzen Arbeiterschaft an die Gelben, deren eifrige Betreuer die zentralen Bergarbeiterführer sind. Die Bergarbeiter müssen auf diese Dinge Obacht geben!

In dem französischen Artikel wird dann weiter behauptet, daß bei der Gesamtbesammlungen über den Antrag zur Bereinigung der Einflüsse die Kommunisten zuerst dagegen gestimmt haben, und nach dem die Abstimmung angewiesen wurde, und eine Abstimmung angeordnet war, sie den verächtlichsten Antrag angenommen hätten. Es ist richtig, daß die Kommunisten bei der ersten Abstimmung gegen den Änderungsantrag, der gemeinschaftlich von den Regierungen und dem Zentrum der Regierung gestellt war, gestimmt haben. Nämlich aus folgenden Gründen:

In dem Antrag wurde ein Antrag mit dem Stimmen von Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Es kann auf Grund der 700 unter 7 jebezeit nachgelassen werden. In diesem Antrag wird sinngemäß gesagt, daß die Besammlungen für die Einflüsse die am Tarifräger beteiligten Angehörigen-Organisationen zu machen haben. Das Oberbergamt hat über die genannten Besammlungen zu entscheiden, es ist aber an die Besammlungen gebunden, und ihnen müßten die Einflüsse entnommen werden.

(Fortsetzung folgt.)

## Um den Bergarbeiterstich in Breuker

Von Gustav Scholtz

(Fortsetzung)

In einem Artikel der „Bergarbeiterzeitung“ vom 17. Oktober hebt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Matthias Jakob den Bescheid des Landtages auf Bereinigung der Einflüsse als eine besondere Errungenschaft der Sozialdemokratie hervor. Leider ruhm möge der Sozialdemokratie und insbesondere Herrn Jakob überlassen bleiben. Die Bergarbeiter aber werden Herrn Jakob die Frage vorlegen: Sind Sie in der Lage, auch nur einen einzigen Fall anzuführen, bei dem ein Einflüsse gegen den Betriebsführer oder einen anderen Bescheidenden Anseize erstattet hat? Oder

will Herr Jakob die Behauptung aufstellen, daß die Betriebsführer, Parteiführer und Stelzer die bezugsrechtlichen Bescheidungen kritisch einhalten?

Es ist kaum zu erwarten, daß Herr Jakob diese Fragen bejahen wird. Ungehörige Fälle können angeführt werden, bei denen mit Wissen der Einflüsse und der Bergarbeiter von den Betriebsführern die bezugsrechtlichen Bescheidungen außer Acht gelassen wurden, ohne daß irgendwelche Einwendungen dagegen erhoben wurden. Durch eine Rundfrage bei den Bergarbeitern könnte Herr Jakob hier wirklich einige Aufklärung haben. Am übrigen aber wird ein Nachschlagen der Protokolle des Preussischen Landtages hier ebenfalls aufführend wirken. Man wird dort finden, daß bei den Beratungen des Berggesetzes und der Grünungsdarlehen solche Fälle in großer Zahl von mir vorgebracht wurden und wo Herr Jakob bei der Beratung der Ratstrophe von „Mittler Stein“ nicht gelassen hat, dann muß er wissen, daß selbst kein Parteiführer oder Stelzer feststellte, daß auf „Mittler Stein“ die Bergarbeiter, also auch die Einflüsse, lange Zeit gebildet haben, daß von der Zersplitterung die bezugsrechtlichen Bescheidungen übertrieben wurden. Wenn man alles das in Erwägung zieht, dann weiß man, was von der Bereinigung der Einflüsse zu halten ist. Die Entwicklung wird beweisen, daß die Bereinigung der Einflüsse eine noch schärfere Bereinigung der Bergarbeiter zur Folge hat. Das aber war auch das wirkliche Ziel der sozialdemokratischen Landtagsaktion. Denn, wie konnte ich sonst beantragen, daß die Mindestsätze für die Bereinigung der Einflüsse erhöht werden zu erhöhen ist! Dieser Antrag, der von Dietrich gestellt war,

war auch von dem Herrn Jakob unterschrieben. Aber man darf ihm daraus keinen Stolz machen, denn ihm kommen die Worte des Nazareners zu sein: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Tatsächlich ist Herr Jakob auch weniger verantwortlich für das, was beschlossen wurde. Er als zeitlicher Bergmann ist von der sozialdemokratischen Fraktion zu den Ausschüßberatungen gar nicht hinzugezogen worden.

Herr Dietrich, der Direktor der Preussischen Bergwerks- und Hütten-U.G., führte die Verhandlung! Herr Jakob kann darum auch nicht wissen, was sich in den angelegten Ausschüßberatungengetragen hat.

In dem angeführten Artikel der Bergarbeiterzeitung schreibt Jakob wörtlich:

„Dah aber auch Arbeitervertreter gegen die Worte: „soweit sie Tarifräger sind“ Himmen würden, war mir bis dahin unbekannt... Aber ich sollte eines Besseren belehrt werden. Bei der Abstimmung über den Antrag Dr. Bergarbeiterinspektoren (Einflüsse) beantragte ein ständiger Gemeindeführer, Mitglied des Zentrums, die Worte: „soweit sie Tarifräger sind“ zu streichen. Seit war für die Kommunisten der Moment gekommen, den verhassten Gewerkschaften eins auszumischen. Sie stimmten nämlich in halber Harmonie mit der geliebten Rechts für die Streichung. Draußen lächelte die Leute für die Einheitsfront...“

Wichtig ist indes, daß gerade ich im Ausschüß für Handel und Gewerbe als Vertreter der SPD-Fraktion mit aller Schärfe hätte eingegriffen bin; daß, wenn schon eine Vereinerung der Einflüsse aus den technischen Gebirgsbeamten erfolgen sollte, die nie nur aus dem am Tarifräger beteiligten Gewerkschaften entnommen werden sollten. Dementsprechend war auch mein Verhalten, sowie das der Fraktion im Moment bei der Abstimmung. Mir es anders gewesen, dann wären ja schon im Ausschüß die Worte: „soweit sie Tarifräger sind“, verschunden.

Denn im Austausch für meine Stimme und im Ausschüß für Handel und Gewerbe die Stimme der drei Kommunisten auszusprechen, solange die Zentrumslente und Demokraten schließen, und das war im Ausschüß der Fall.

Wenn im Zentrum diese Worte geschrieben sind, so nur darum, weil die Jakobischen Bescheidungen, die Zentrumslente, in der Besammlungen nicht in anderen Fragen die Sozialdemokraten unzufallen sind.





